

Zeitschrift: Schweizer Soldat + FHD : unabhängige Monatszeitschrift für Armee und Kader
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 57 (1982)
Heft: 4

Artikel: Die Sicherheit des Westens : neue Dimensionen und Aufgaben
Autor: Braunschweig, Pierre T.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-713448>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Sicherheit des Westens: neue Dimensionen und Aufgaben

Na Kpl Pierre-Th Braunschweig, Hasle

Die Direktoren vierer Institute, die sich mit Fragen Internationaler Beziehungen beschäftigen, haben sich vor Jahresfrist zum ersten Mal zusammengesetzt, um gemeinsam einen Bericht* herauszugeben, nämlich Karl Kaiser vom Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (Bonn), Winston Lord vom Council on Foreign Relations (New York), Thierry de Montbrial vom Institut Français des Relations Internationales (Paris) und David Watt vom Royal Institute of International Affairs (London). Der Wille, von verschiedenen Standpunkten zu einer gemeinsamen Analyse und von allen Beteiligten vertretbaren Lösungsvorschlägen zu gelangen, hat bewirkt, dass hier ein bemerkenswert fairer Bericht entstanden ist, der sich mit Erfolg bemüht, divergierende Beurteilungen zu verstehen und in einen grösseren Zusammenhang einzuordnen. Der Bericht ist nicht sehr umfangreich, wenn auch recht konzentriert – die Studie umfasst kaum mehr als 50 Seiten –, so erübrigt es sich wohl, auf jedes Kapitel gesondert einzugehen. Hingegen möchte ich versuchen, einige (wie mir scheint) Hauptgedanken herauszuschälen. Zentraler Gesichtspunkt sind in diesem Bericht die Ost-West-Beziehungen in Europa und in der Dritten Welt, soweit sie das europäisch-amerikanische Verhältnis berühren. Ich werde im Folgenden zunächst das gestörte Verhältnis zwischen den westlichen Partnern dies- und jenseits des Atlantik skizzieren, dann über neue, vor allem neue räumliche Dimensionen der sicherheitspolitischen Herausforderung sprechen, das heisst über die zunehmende Abhängigkeit des Westens von Vorgängen in der Dritten Welt und von der unterschiedlichen Beurteilung der Bedeutung solcher Vorgänge für den Westen, um schliesslich die angebotenen Lösungsvorschläge zu nennen, wie die westlichen Staaten zu einer abgestimmteren Haltung finden könnten, um den Herausforderungen der kommenden Jahre gewachsen zu sein.

* Bonn 1981

Diagnose der gegenwärtigen transatlantischen Krise

Die Autoren erklären das gestörte Verhältnis zwischen den westlichen Partnern mit strukturellen Veränderungen des inneren Machtgleichgewichts (zwischen den USA und Europa), wie auch mit Veränderungen des äusseren Machtgleichgewichtes (zwischen den USA und der Sowjetunion). Beide Veränderungen haben einen gemeinsamen Nenner: den relativen Machtverlust der USA während der vergangenen 15 Jahre (in erster Linie politisch und wirtschaftlich, in zweiter Linie militärisch). Das im Vergleich zu den USA relative Anwachsen der europäischen Wirtschaftsmacht erfuhr in derselben Zeitspanne auf dem Gebiet der sicherheitspolitischen Beziehungen unter den Verbündeten keine entsprechende Veränderung. Militärisch bleibt Europa als Ganzes von der seit Ende des Zweiten Weltkriegs geleisteten nuklearen Garantie der USA abhängig. (Im Falle von Grossbritannien und von Frankreich, die beide unabhängige Nuklearstreitkräfte besitzen, ist diese Abhängigkeit nur modifiziert, aber nicht aufgehoben.)

«Damit haben sich auch die Widersprüche im transatlantischen Verhältnis verschärft, indem der Schützling inzwischen ebenso reich wie der Beschützer und noch zurückhaltender geworden ist, dessen Führung zu akzeptieren», aber auch nicht gewillt ist, die politische und militärische Verantwortung zu übernehmen, die seiner neu erworbenen wirtschaftlichen Macht entspräche. Das hat ja auch Europas Fähigkeit beeinträchtigt, in den internationalen Angelegenheiten eine bedeutsamere Rolle zu spielen: *Europa ist kein eigenständiger Akteur auf der Weltbühne.* (Was Europa allerdings in jüngster Zeit nicht gehindert hat, die diplomatischen Züge der USA zu kritisieren, ohne – angesichts seiner militärischen Schwäche und internen Meinungsverschiedenheiten – glaubwürdige Alternativen anbieten zu können.) Im Ergebnis führte das im Urteil der Autoren dazu, dass die politischen Beziehungen zwischen den Verbündeten erneut Schaden nahmen und das Ansehen des Westens insgesamt in der Welt kaum eine Stärkung erfuhr.

«Mit einem Wort: Der relative Verfall der amerikanischen Führung wurde nicht durch eine an ihre Stelle tretende europäische Führungsrolle ausgeglichen, so dass in der Konsequenz die westliche Macht ausgehöhlt wurde. Es kann nicht verwundern, dass ein derart unausgewogenes transatlantisches Verhältnis, in dem sich keine klare Führung herausbildet, auf beiden Seiten Belastungen und Frustrationen auslöst.»

Diese Spannungen werden nun durch die Folgen des andern Trends verstärkt, nämlich die Veränderung im amerikanisch-sowjetischen Machtgleichgewicht. Als Schlüsselfaktor erscheint den Autoren in dieser Hinsicht das Zunehmen der sowjetischen militärischen Stärke. «Dieses sich verändernde militärische Kräfteverhältnis und die daraus resultierenden Zweifel an der Glaubwürdigkeit der amerikanischen Sicherheitsgarantie spielten ebenfalls bei der Verschlechterung des Klimas der transatlantischen Beziehungen insgesamt eine wichtige Rolle.» Führende amerikanische Politiker sind sich dessen bewusst und fordern deshalb vermehrte europäische Verteidigungsanstrengungen und eine grössere Solidarität mit den USA im Bemühen, der sowjetischen Expansion zu begegnen.

Die andere Sicherheitsstrategie Westeuropas; die Entspannung

Die Europäer hoffen, die zunehmende Unausgewogenheit ihrer Verteidigungsdisposition begrenzen zu können, indem sie eine andere Strategie verfolgen: *Verhandlungen und Rüstungskontrolle*, vor allem im Hinblick auf die weitreichenden Mittelstreckenwaffen und die vertrauensbildenden Massnahmen, das heisst durch den *Dialog mit der Sowjetunion* ihr Manko auszugleichen. Dieses neuerliche europäische Interesse an Rüstungskontrollgesprächen kommt zu einem Zeitpunkt, wo die USA mehr und mehr von solchen Gesprächen enttäuscht sind, was wiederum zu weiteren transatlantischen Belastungen geführt hat. Die Autoren erinnern in dem Zusammenhang an die ähnlichen Spannungen auf politischem Gebiet, die

Stellenanzeiger

**Wir suchen
ausgewachsene Männer,
die gewillt sind,
ein Jahr lang
die härteste Schulbank
des Kantons
zu drücken.**

Auf Frühjahr 1983 suchen wir Polizeiaspiranten für die anspruchsvolle Ausbildung zum Kantonspolizisten.



KANTONSPOLIZEI
AARGAU



Alle nötigen Unterlagen erhalten Sie mit diesem Kontakt-Talon oder durch telefonische Anforderung beim Polizeikommando des Kantons Aargau, Aarau, Telefon 064/22 14 01.

Vorname: _____

Name: _____

Strasse: _____

PLZ: _____ Ort: _____

Polizeikommando des Kantons Aargau,
Postfach 575, 5001 Aarau

SOL



Sie möchten

- sich beruflich verändern?
- sich einer anspruchsvollen Aufgabe widmen?
- Ihre Arbeitszeit weitgehend selbst einteilen?
- mit Menschen regen Kontakt pflegen?
- Ihre Initiative und Leistung unter Beweis stellen?

Wir bieten Damen und Herren

- gründliche Ausbildung für die Versicherungsberatung
- selbständige Tätigkeit
- hohes garantiertes Einkommen
- überdurchschnittliche Verdienstmöglichkeiten
- bei Eignung Aufstiegsmöglichkeit in Kaderfunktion

Über die Sicherheit

möchten wir uns gerne mit Ihnen unterhalten. Bitte telefonieren oder schreiben Sie an VITA-Familien-Vorsorge, Postfach, 8022 Zürich, Tel. 01 465 66 67 (Hr. Wirth)



Eidg. Zeughaus Zürich
Kantonskriegskommissariat
Kasernenverwaltung

Eidg. Zeughaus Zürich

- Chauffeur für Kommandant
(mit Führerausweis für PW)

Kantonskriegskommissariat

- Sattler

Kasernenverwaltung

- Mitarbeiter in der Wäscherei
- Näherin/Spetterin

Wir bieten gute Besoldung, Dauerstelle mit Pensionskasse, fortschrittliche Sozialleistungen, 5-Tage-Woche. Nur für Schweizer Bürger. Arbeitsorte nahe dem Hauptbahnhof Zürich.

Anmeldungen sind zu richten an:
Kantonskriegskommissariat Zürich
Selnaustrasse 36, 8021 Zürich



im Gefolge der sowjetischen Invasion in Afghanistan zutage traten, als Amerikaner und Europäer offen ihre Uneinigkeit bekundeten hinsichtlich Bedeutung und Zukunft der Entspannung. *«Im Unterschied zu den Amerikanern, für die in den letzten Jahren Entspannung mit der Sowjetunion in erster Linie eine militärische und globale geostrategische Angelegenheit war, hat die Entspannung für die Europäer eine sehr viel greifbarere und direktere Bedeutung gehabt. Für bestimmte europäische Staaten und vor allem für die Bundesrepublik Deutschland setzt sich die Entspannung nicht nur in die politischen, sondern auch in die wirtschaftlichen und menschlichen Alltagsbeziehungen um. Kurzum, die Vereinigten Staaten haben also mehr Optionen als die Europäer, frühere Entspannungskonzepte zu verwerfen, Rüstungskontrolle herunterzuspielen und Alternativen zur Stabilisierung ihres Verhältnisses zur Sowjetunion einschliesslich der Erhöhung ihres Verteidigungsetats zu verfolgen. Für die meisten Europäer würde ein Ende der Entspannung in Europa jedoch einen hohen Preis auf politischem, wirtschaftlichem, humanitärem und sicherheitspolitischem Gebiet erfordern. Insgesamt waren deshalb Regierungen und öffentliche Meinung in den meisten europäischen Staaten – zu Recht oder zu Unrecht – bislang zurückhaltend, diesen Preis zu zahlen.»*

Krisen in der Dritten Welt und ihr Einfluss auf die Entspannung in Europa

Die durch die sowjetische Invasion in Afghanistan ausgelöste Krise dient den Autoren der Studie dazu, ein anderes Bündel transatlantischer Spannungen zu beleuchten; Spannungen, die um die Frage kreisen, wie jenen Herausforderungen begegnet werden soll, vor die sich der Westen in der Dritten Welt gestellt sieht. Es ist in ihren Augen bezeichnend für die Situation im westlichen Bündnis, dass die *«unverhüllte sowjetische Militäraktion in einem Land, das bis dahin als blockfrei gegolten hatte und einer Region benachbart ist, die für den Westen als Ganzes lebenswichtige Bedeutung hat»*, weit davon entfernt war, ein neues westliches Zusammengehörigkeitsgefühl entstehen zu lassen. Im Gegenteil verstärkte Moskaus Eingreifen in Kabul die Meinungsverschiedenheiten des Westens, die daraufhin nur umso deutlicher zutage traten. Erhebliche Differenzen blieben zwischen den USA und Europa wie auch innerhalb der europäischen Staaten bestehen über die politischen und militärischen Folgen der sicherheitspolitischen Herausforderung in der Dritten Welt. Etwas anders formuliert, steckt darin die Kernfrage nach dem Einfluss von Krisen in der Dritten Welt auf die Entspannung in Europa. Da-

durch kommt man unweigerlich auf die Streitfrage nach der Teilbarkeit der Entspannung. Die Autoren äussern sich hierzu zurückhaltend und weisen hin auf die unterschiedliche Bedeutung bestimmter Regionen für die Interessen der USA und ihrer Partner. Selbst in Fällen, in denen ein hohes gemeinsames Interesse zu verzeichnen ist, können solche Differenzen eine beachtliche Bedeutung annehmen. *«Beispielsweise würde eine Unterbrechung des Oelstroms aus dem Mittleren Osten die Industrien Europas und Japans binnen weniger Monate lahmlegen, während die Vereinigten Staaten mit ihrer vielfältigeren Versorgungsquellen erheblich länger überleben könnten. Die Wahrnehmung dieses Tatbestandes hat zur Folge, dass die Europäer hinsichtlich der kurzfristigen Konsequenzen militärischer Operationen, die der Westen in dieser Region unternehmen könnte, sehr viel nervöser als die Amerikaner reagieren»*; obwohl die Autoren darlegen, dass die Wirtschaft der USA in Wahrheit entscheidend vom Oel aus der Golfregion abhängt. Die Studie verschweigt allerdings auch nicht, dass es viele Regionen in der Welt gibt, über welche es überhaupt keine oder zumindest keine wesentlichen Meinungsverschiedenheiten gibt. Wesentlich entscheidender ist aber etwas anderes, die Feststellung nämlich, dass viele der dringendsten und schwierigsten Probleme, die sich auf die Beziehungen zwischen Europa und den USA auswirken, von ausserhalb des zentralen europäischen Schauplatzes stammen. Dabei sind es zwei verschiedene Arten von Problemen: einerseits solche, hervorgerufen durch direkte sowjetische oder indirekte (kubanische/vietnamesische) Interventionen in einem Land der Dritten Welt; andererseits solche, die durch Uneinigkeit zwischen den USA und Europa entstehen über der Frage, wie gemeinsame vitale Interessen, die in einem Gebiet geteilt werden, am besten verteidigt werden sollen und wie die Kosten dafür aufgeteilt werden sollen. Als wichtigste Region, die gegenwärtig solche Probleme aufwirft, bezeichnen die Autoren den Mittleren Osten und den Golf. Die Studie plädiert für eine aktive militärische Beteiligung der Europäer zu Land und zu Wasser im Mittleren Osten. Sie rät allerdings zu einer arbeitsteiligen Politik, mit der die Hauptlast für die Aufstellung einer schnellen Eingreiftruppe den USA zufiele, während die Europäer einen gewissen Beitrag an personellem und materiellem Einsatz leisten sollten, wo dies angemessen ist (im Falle Frankreichs und Grossbritanniens), und/oder Unterstützung für die amerikanische schnelle Eingreiftruppe bereitstellen, sich um Verstärkung bestehender westlicher Stückpunkte in der Region bemühen und durch Beibehaltung ihrer eigenen Verteidigungsausgaben in Europa die Möglichkeit schaffen sollten, dass amerikanische Ressourcen für den Mittleren Osten freigesetzt würden.

Neue Mechanismen zur transatlantischen Verständigung

Wie wir gesehen haben, entstehen viele der für Westeuropa und die USA kritischen Probleme in der Dritten Welt, vor allem, wenn sich lokale oder regionale Konflikte mit der globalen Ost-West-Auseinandersetzung verbinden. Es gibt nun aber offensichtlich noch keine gut entwickelten Verfahren für kontinuierliche europäisch-amerikanische Diskussionen über politische und sicherheitspolitische Probleme ausserhalb des begrenzten geographischen Bereichs, der durch die Nordatlantik-Vertragsorganisation abgesteckt ist. *«Hätte es, so die Meinung der Autoren, über Afghanistan in den Monaten vor der sowjetischen Invasion effektivere Konsultationen gegeben, dann wäre die westliche Reaktion durch geringere Reibungen und grössere Geschlossenheit ausgezeichnet gewesen.»* So aber brachten es die jüngeren und jüngsten Vorgänge auch mit sich, dass die unterschiedlichen Perspektiven innerhalb des Westens bezüglich Osteuropa und der Sowjetunion aufgedeckt und akzentuiert wurden. Hier nun liegt das zweite Ziel dieser Studie: Anregungen zu machen, wie die bestehenden Differenzen innerhalb des westlichen Bündnisses überbrückt und die westlichen Staaten zu einer abgestimmteren Haltung gelangen könnten. Das Stichwort heisst *Konsultation*. Sie soll eine Koordinierung der Politik ermöglichen. Natürlich wissen die Autoren, dass Konsultationen allein nicht genügen, echte Differenzen beizulegen. *Effektive Mechanismen garantieren noch keine gute Politik*. Aber ohne bessere Koordinierung sei der Westen nicht in der Lage, wirksam auf Herausforderungen zu reagieren. Gerade mit Blick auf die NATO betonen die Verfasser die Notwendigkeit, die westliche Politik gegenüber dem Osten enger zu koordinieren, bevor nationale Einzelentscheide gefällt würden: *«Das Bündnismanagement sollte verbessert werden, um das Spektrum politischer, militärischer und wirtschaftlicher Massnahmen besser koordinieren und verknüpfen zu können. Die NATO ist mehr als eine militärische Gruppierung. Sie ist ein politisches Bündnis gleichgesinnter Staaten. Wirtschaftliche Sicherheit erhält für seine Mitglieder ein immer grösseres Gewicht, doch darf es der Wirtschaftspolitik nicht erlaubt sein, die übergreifenden politischen Erfordernisse zu untergraben. Die verbündeten Regierungen müssen auf höherer politischer Ebene ein umfassenderes Instrumentarium zum Schutz ihrer Interessen entwickeln, das jedoch nicht auf Überlegungen der militärischen Bedrohung beschränkt bleibt.»* Obwohl Konflikte ausserhalb des geographischen Einflussbereichs der NATO von fundamentaler Bedeutung für die Sicherheit der westlichen Staaten sein können, schlagen die Autoren keine Erweiterung des Einsatzbe-

reichs vor, sondern raten, das Verfahren gemeinsamer Bewertung und Konsultation auf solche Vorgänge in der Dritten Welt zu erweitern, die unmittelbare Sicherheitsinteressen ihrer Mitgliedstaaten berühren.

Als zweites Forum werden die Siebener-Gipfel der Staats- und Regierungschefs der wichtigsten Industrienationen empfohlen, wobei angeregt wird, sie häufiger als bisher stattfinden zu lassen. «Wir schlagen vor, dass die Siebener-Gipfel sich künftig politischen und sicherheitspolitischen Fragen zumindest ebenso intensiv wie wirtschaftlichen Problemen widmen.» Als wichtigsten Mechanismus – denn «selbst unter den genannten Voraussetzungen sind NATO und Siebener-Gipfel keine ausreichenden Foren für Konsultationen über politische und sicherheitspolitische Probleme ausserhalb der zentraleuropäischen Front» – schlägt die Studie zahlenmässig kleine Gruppen der jeweiligen betroffenen Schlüsselstaaten vor, die bereit sind, bei der Lösung eines bestimmten Problems direkte Verantwortung zu übernehmen. (Mit dem Hinweis auf die Vier-Mächte-Arbeitsgruppe in Berlin schliessen die Autoren nicht aus, dass ein solches Instrument auch innerhalb Europas und nicht nur in der Dritten Welt brauchbar sein könnte.) «Die Zusammensetzung der Schlüsselstaaten wird sich je nach anstehenden Problemen unterscheiden. Dennoch gehen wir davon aus, dass die Kerngruppe in der Regel die Vereinig-

ten Staaten, Frankreich, Grossbritannien, die Bundesrepublik Deutschland und Japan umfasst.» Diese neuen Gruppen, die hier vorgeschlagen werden, sollen nach der Vorstellung der Autoren getrennt von der NATO bleiben, umso mehr, als einzelne der möglichen Teilnehmer keine NATO-Mitglieder wären. Hingegen sollten gegebenenfalls die EG ebenso wie der NATO-Rat über die Aktivitäten jeder einzelnen Gruppe von Schlüsselstaaten im einzelnen unterrichtet werden. Aufgabe dieser Gruppen wäre kurz gesagt zweierlei: Krisenmanagement und gemeinsame Bewertung der sich abzeichnenden politischen und sicherheitspolitischen Bedingungen in kritischen Regionen der Dritten Welt.

Was sich die Autoren von einem solchen Verfahren letzten Endes erhoffen, geht aus der Studie deutlich hervor: in dem Masse, wie die Europäer einen grösseren Beitrag zur Verteidigung westlicher Interessen ausserhalb der NATO leisten, kann von den Amerikanern erwartet werden, dass sie sich der europäischen Politik und den europäischen Interessen sehr viel stärker zuwenden bis hin zu wirklich gemeinsam getragenen Absprachen und gemeinsamen Entscheidungsprozessen.

Ich fasse zusammen:

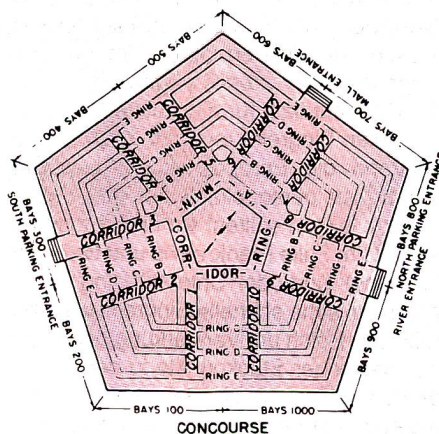
Die Entwicklungen in jüngerer und jüngerster Zeit haben Spannungen und ernsthaftere Differenzen innerhalb der westlichen Bündnispartner gezeigt, Probleme, die die

Wirksamkeit der NATO ernsthaft in Frage stellen, sofern sie nicht gelöst werden. Hat die NATO deswegen ausgespielt, ist westliche Gemeinsamkeit eine Illusion? Die Studie versucht darzulegen, dass dem nicht so ist, dass jedoch neue Mechanismen gefunden werden müssen, um den kommenden Herausforderungen gerecht zu werden; Herausforderungen, die sich zum Teil auch aus inneren strukturellen Änderungen der Bündnispartner ergeben haben. Die Autoren plädieren für ein «dichteres Gewebe alliierter Konsultationen» über Ost-West-Probleme, besonders solche, die mit der Dritten Welt in Verbindung stehen. «Eine neue transatlantische Vereinbarung ist erforderlich: Europa würde in der Auseinandersetzung mit der westlichen Bedrohung und im Hinblick auf die Sicherung westlicher Interessen in der Dritten Welt grössere Verantwortung übernehmen; damit gewänne es neuen Einfluss auf die amerikanische Politik und erreichte damit stärkere Beachtung seiner eigenen Gesichtspunkte. Die Vereinigten Staaten würden dank wirklich gemeinsam getragener Absprachen und gemeinsamer Entscheidungsprozesse die Europäer zu höheren Leistungen veranlassen, nicht um Washington zu gefallen, sondern im Interesse gemeinsamer Ziele des Westens.» Eine derartige Neuverteilung von Aufgaben und Verantwortung ist in den Augen der Autoren dieser Studie entscheidend für die künftige Lebenskraft des westlichen Bündnisses.

Ob man die amerikanische Hauptstadt auf dem Luftwege aus Nordwesten anfliegt oder ob man sie auf dem Highway Nummer 395 durchquert, das riesige Gebäude südlich des Potomacs ist nicht zu übersehen. Seine zwar gedrungene, aber flächenmässig aussergewöhnliche Dimensionen annehmende fünfeckige Form hat ihm die weltweit zu einem Begriff gewordene Bezeichnung «Pentagon» eingetragen. Das Pentagon ist längst nicht mehr nur das amerikanische Verteidigungsministerium und Nervenzentrum des gewaltigen militärischen Apparates dieser Supermacht, es ist auch eine Touristenattraktion. Eine eigens für diesen Zweck geschaffene Organisation sorgt jedes Jahr für den reibungslosen Ablauf der Führungen von Zehntausenden Interessierter. Ins Gebäude gelangt man auch ohne besonderen Ausweis, vor allem in den Südostteil, wo sich die jedermann zugängliche Geschäftsstrasse, auch «Concourse» genannt, befindet, die vom Postbüro über Banken, U-Bahn-Anschluss, Einkaufszentren bis zum Reisebüro alles aufweist.

Das Pentagon

Hptm i Gst Jürg Kürsener, Lohn



Der Grundriss des Pentagons. Die «konzentrischen» Gänge heissen «Rings», während die von aussen nach innen laufenden Gänge «Korridore» heissen.

Von dort ist allerdings der Zutritt in die eigentlichen Arbeitsbereiche nur noch mit besonderen Ausweisen gestattet. Aber auch in diesen Bereichen gibt es noch Erholungsstätten (17 Restaurants und Cafeterias). Dies ist leicht verständlich, wenn man bedenkt, dass total 23000 Beschäftigte im Pentagon tätig sind! Die besonders sensiblen Arbeitszonen (wie Übermittlungs- und Kommandozentren) sind nur durch zusätzliche, verschärfte Sicherheitskontrollen zugänglich.

Das Pentagon, Sitz von Verteidigungsminister Weinberger und vom Chef des Vereinigten Generalstabes (Chairman Joint Chiefs of Staff), General Jones, soll angeblich das grösste Bürogebäude der Welt sein und beispielsweise mehr als die zweifache Bürogrundfläche (ca 400000 m²) des berühmten Empire State Building in New York aufweisen.

Anhand von einigen Zahlen und Fakten lässt sich am besten ein Eindruck von diesem gewaltigen Bauwerk wiedergeben: